



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Betrachtungen zum Verbandstag.

I.

Von allen denen, die 1920 in Frankfurt im geistigen Kampfe um Wohl und Wehe der Organisation stritten, oder in den Jahrestellen die Arbeiten des Verbandstages mit mehr oder weniger größerer Aufmerksamkeit verfolgten, gab es wohl niemand, der den Entwicklungsgang der Gewerkschaften, so wie er sich seit 1920 vollzogen hat, auch nur geahnt und mit solchen Möglichkeiten gerechnet hätte. Allgemein glaubte man die damals sich andeutungsweise zeigende Veränderung auf außenpolitischem Gebiet als ein gutes Symptom für die innenpolitische und wirtschaftliche Entwicklung deuten zu können. In den weitesten Kreisen der Arbeiterbewegung herrschte das Gefühl, daß den „stürmischen“ Jahren seit der Revolution nun Jahre der „friedlichen“ Entwicklung, des Aufbaus und der Festigung des neuen Staates, die Füllung der leeren Form mit sozialem Inhalt erfolgen sollte. Ungeistes Wort der Gewerkschaftsbewegung sollte es werden, die geänderte soziale Struktur der Gesellschaft für die Durchsetzung ihrer Forderungen denkbar zu machen, die Bestandteile sind der großen historischen Aufgabe des Proletariats, der Beseitigung des Kapitalismus.

Vom Streik der politischen Arbeiterparteien um die einflussreiche Taktik zur Aufbruchmacht und Auswertung der Revolution weniger berührt, hat die Gewerkschaftsbewegung vom Umsturz an mit zäher Energie versucht, ihr Gebiet, die Wirtschaft, in ihrem Sinne umzugestalten. Der Kampf um die Wirtschaftsdemokratie, um das Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß hatte mit größter Schärfe angeht. Mit diesem Kampf verbunden war auch der Funktionswechsel der Gewerkschaften. Zum Ausdruck kam dieser Funktionswechsel weniger in den einzelnen Organisationen, als im DGB.

Der DGB war die Organisation, worin die wirtschaftliche Macht der gesamten Gewerkschaften Deutschlands zum Ausdruck kam. Er führte den direkten Kampf um die neuen Ziele der Gewerkschaften. Den einzelnen Gewerkschaften verblieb die große Aufgabe, das Machtreservoir des DGB dauernd zu füllen und in ihrer Organisation die Vorbereitungen zur Umwandlung der Macht „Arbeitskraft“ in reale Wirtschaftsmacht zu schaffen. Und dies konnte geschehen durch den Ausbau der Tarifverträge im Sinne der neuen Gewerkschaftsforderungen. Aber noch eine nicht minder wichtige Aufgabe harrte der Gewerkschaften. Es galt die Schulung und Erziehung der alten und neuen Mitglieder im Sinne der gesamten früheren und neuen Funktionen der Gewerkschaften in Angriff zu nehmen.

Der Aufgabentkreis der Gewerkschaften änderte sich durch die Einbeziehung der genannten Forderungen ganz enorm. Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und Hintanhaltung von Verschlechterungen, sowie der Kampf um das Koalitionsrecht und die Förderung der Sozialpolitik waren in der Vorkriegszeit die Hauptaufgaben der Gewerkschaften. Nun galt es die durch die Revolution geschaffenen Möglichkeiten der direkten Beeinflussung der gesamten Wirtschaft auszunutzen. Doch sollten die neuen Forderungen nicht reibungslos Allgemeingut jeder Gewerkschaft werden. Die mannigfaltigsten inneren und äußeren Umstände haben die einzelnen Gewerkschaften mehr oder weniger von der Durchführung der neuen Aufgaben ferngehalten. Einer der wesentlichsten Anlässe war bei vielen Organisationen (so paradox es klingen mag) der Mitgliederzuwachs.

Die Organisationen, bei denen der Mitgliederzuwachs ein starker war, mußten die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch weiterhin zu ihrer Hauptaufgabe machen. Die größte Zahl der neuen Mitglieder der Gewerkschaften hatten den Weg zu den Gewerkschaften nicht gefunden aus rein ideellen und verstandesgemäßen Motiven, sondern nur materielle und gefühlsmäßige Gründe waren maßgebend. Bei den Gewerkschaften als den eigentlichen Trägern der Demobilisation standen die Machtmittel, die allen aus dem Felde zurückgetretenen und der großen Zahl in den Betrieben befindlichen weiblichen Arbeitskräfte das damals notwendige, nämlich Arbeit und eine den Verhältnissen entsprechende Entlohnung, einigermassen gewährleistet. Und diese heterogene Masse in den Gewerkschaften verlangte dann, solche Taten, die für sie am Arbeitsplatz und in ständiger Münze sichtbar sein mußten.

Diese Erkenntnis war auch dann für unsere Organisation und ihr unmittelbares Wirken bestimmend und in ihr wurzelte auch die Aufgaben des Frankfurter Verbandstages. Er hat diese geföh, fast zur Zurückbehaltung aller. Und es war dem Verbandstag ein besonderes Bedürfnis, diese Aufgaben zu lösen, um auf zukünftigen, diese Aufgaben-Probleme nicht mehr allein als Hauptproblem zu betrachten. Hochgedrungen aus dem Aufgabentkreis kommender Verbandstages ragten die Probleme der prinzipiellen Bekämpfung des Kapitalismus, die den bisher geaduellten, in der Verfolg der Vergrößerung des Aufgabengebietes und des Mitgliederzuwachses der Gewerkschaften bedeutend überlegen waren.

Wenn wir nun heute Stützen zum Hamburger Verbandstag zeichnen, wenn wir kein Aufgabengebiet festzustellen versuchen, dann schreiben wir viele der damals handgreiflich vor uns liegenden Aufgaben in die Tagebücher der Zukunft. Inzwischen hat die Gewerkschaftsbewegung ihren Golgathaweg angetreten. Die Inflation, der juchbarste Feind, den die Gewerkschaften je kennen gelernt haben, hat einen Sieg von enormen Dimensionen errödet. Eine Expropriation von nie getannter Größe hat die Arbeiterklasse über sich ergehen lassen müssen. Geschwächt sind Kampfkraft und Machtbewußtsein der Gewerkschaften, geschwächt ihre Mitgliederzahlen, geschwächt ihre finanziellen Verhältnisse und moralisch und materiell in großem Ausmaße begenert sind die Mitglieder der Gewerkschaften. Ungeheuer geföh hat der Organisationsgedanke, was zum Ausdruck kam in dem starken Mitgliederverlust der Gewerkschaften. Das deutsche Proletariat hat, wie A. Seibel in der „Gesellschaft“ treffend bemerkt, eine Seelenkrise tiefer Art durchgemacht. Die völlige Ausweglosigkeit aller Organisationen und Institutionen in der Bekämpfung der Inflation (die scharfe Bekämpfung der Inflation durch die Gewerkschaften kam infolge ihres Kräfteverfalls und der Steigerung der wirtschaftlichen Macht der Unternehmer nicht äußerlich zum Ausdruck) ließ in vielen Arbeiterseelen den Pessimismus und Egoismus wieder überhand gewinnen. Um weite Strecken zurückgeworfen sind die Gewerkschaften und auch unser Verband.

Von diesen Ereignissen nicht nur berührt, sondern von ihnen und ihren Nachwirkungen bestimmt wird der Aufgabentkreis des Hamburger Verbandstages sein. Mit elementarer Wucht drängen auch auf der Hamburger Tagung alle die Probleme wieder zur Oberfläche, die schon immer die ganze Energie der vorausgegangenen Verbandstage in Anspruch genommen haben. Und so werden sich denn die Delegierten, wiederum verfolgt von der Aufmerksamkeit der gesamten Kollegenchaft, mit den wichtigsten Fragen zu beschäftigen haben, die wir in drei Gruppen einteilen können. An die Spitze stellen wir die Lohn- und Tarifprobleme. Ihnen folgen die Fragen der Finanzgestaltung des Verbandes und als dritte die Organisations- und Befassungsprobleme. Dieser Aufgabentkreis ist es, den die Tagesnöte der Mitgliederchaften und der Ausbau und die Festigung der Organisation bedarf.

Im folgenden soll nun versucht werden, zu den einzelnen Problemen Stellung zu nehmen.

Der Exztrakt der langen Debatten des Frankfurter Verbandstages über die Lohn- und Tarifprobleme war die Entscheidung, den begonnenen Weg des Reichstarifs auch weiterhin zu beschreiten. Es lagen dem Verbandstag eigene Erfahrungen über die Auswirkung des Reichstarifs auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie auf das gesamte Organisationsleben noch nicht vor. Maßgebend waren vielmehr die allgemeinen Erfolge des reichsstarifischen Gedankens, sowie die Tatsache des Bestehens des Reichstarifs bei den Buchdruckern. Nachdem nun Jahre eigener Erfahrungen verstrichen sind, ist die Möglichkeit einer Bilanz über unseren Reichstarif gegeben. Ehe wir uns nun an diese Bilanz heranwagen, wollen wir die verschiedenartigen besonders ökonomischen Bedingungen herausheben, die schon frühzeitig in das Buchdruckergewerbe den Tarifgedanken (bestimmend) sind die Buchdrucker die Vorkämpfer des Tarifvertrages) hineintrugen und wesentlich bestimmend waren für den Abschluß von Reichstarifen für das Hilfspersonal.

Die Struktur des Buchdruckergewerbes hat in sich die Tendenz zum Abschluß von Tarifverträgen und verlangt mit Notwendigkeit das Eindringen des wirtschaftsrechtlichen Gedankens; jedoch nicht wirtschaftsrechtlich im Sinne der vollständigen Aufgabe des Klassenkampfes, wie es die christlichen und christlich-demokratischen Gewerkschaften predigen, sondern wirtschaftsrechtlich im Sinne möglichstster Vermeidung von Erschütterungen des Produktionsprozesses durch Wirtschaftskämpfe. Die Ursache dieser Tendenz ist bei der Prinzipalität der möglichst ununterbrochene Profiterwerb und bei der Arbeiterchaft die Erkenntnis der Ausnutzung der besonderen ökonomischen Lage des Gewerbes zur Erreichung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Also zwei vollkommen gegensätzliche Ansichten, die aber doch nach einer Synthese, eben dem Tarifvertrag drängen.

Die ökonomischen Ursachen sind im folgenden zu suchen: Jeder Tag Streik Anspannung, passive Resistenz oder sonstige im Verfolg irgendwelcher Auseinandersetzungen mit der Arbeiterchaft entstehenden Aktion bedeutet für die Unternehmer Profilverlust und für die Arbeiter, mit wenigen Ausnahmen, Lohnausfall. Aber nur bedingt ist der Profitausfall richtig. Jeder Streittag bedeutet einen Produktionsausfall und dieser muß bis zum gewissen Grade nachgeholt werden und mit ihm fließt der erlangene Profit dem Unternehmer doch noch zu.

Anderer verhält es sich graphischen, aber besonders im Buchdruckergewerbe. Hier ist ein Aufhalten des Produktionsausfalles zum größten Teil eine Unmöglichkeit. J. B. ist

eine Zeitung, Zeitschrift oder Werbeschriften usw., welche zum bestimmten Termin nicht erscheint, bei einem späteren Erscheinen vollkommen wertlos für den Empfänger, da die derzeitigen Ereignisse vollkommen überholt und durch anderweitige abgelöhft sind. Jeder Produktionsausfall im Buchdruckergewerbe bedeutet also unbedingt Profitausfall. Auch ein Vorausarbeiten ist unmöglich. Vor diesem Profitausfall muß sich zu schützen, war Aufgabe des Unternehmers. Diese ökonomischen Ursachen führten auch zur frühzeitigen Entwicklung der Gewerkschaften im graphischen Gewerbe und zu schnellem Wachstum an Mitgliedern und Kampfkraft. Jeder gewerkschaftliche Kampf endet nun mit einem Kompromiß. Und dieser Kompromiß oder Synthese der langen harten Kämpfe im Buchdruckergewerbe, wie wir es weiter oben genannt haben, ist der Tarifvertrag. Der Inhalt der Tarifverträge ist nun den allgemein gültigen Gesetzen, bei denen Konjunktur und Krise die Hauptrolle spielen, unterworfen. Durch die besondere Nachstellung der Organisation ist natürlich fast jeder Tarifvertrag im Buchdruckergewerbe den anderen gegenüber im Vorteil, der sich realisiert in den bedeutend besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Der Vorteil der ökonomischen Eigenart des Gewerbes trat für die Hilfsarbeiterchaft im größeren Maßstabe erst nach der Revolution in Erscheinung. Die Ursache hierfür finden wir in den Tatsachen des überaus großen Angebots an ungelerten Arbeitskräften, was sich auswirkte auf die nur mäßige Entwicklung unseres Verbandes und die zum Teil dadurch bedingte Unmöglichkeit der Monopolisierung der für das graphische Gewerbe benötigten ungelerten Arbeitskraft in dem Maße, wie es bei den Gehilfen der Fall ist. Nur in den Großstädten, in denen die Organisation schon ein gewisses Maß an Kraft erreicht hatte, waren die Unternehmer gezwungen, im Profitinteresse Lohnabschlüsse, welche gute Erfolge für die Kollegenchaft bedeuteten, zu tätigen.

Dieser Zustand änderte sich nach der Revolution. Das sprunghafte Anwachsen unserer Organisation wurde für die Prinzipalität eine Gefahr. Störungen des Produktionsprozesses durch das Hilfspersonal waren zwar in der Vorkriegszeit keine Seltenheiten, aber sie waren immer begrenzt durch gewisse Umstände. Jetzt, wo die Polypenarme der Organisation in alle Teile Deutschlands reichten und nun durch die straffere Organisation die Möglichkeit nahe lag, daß sie in den Produktionsprozeß störend eingreifen konnte, irgendwelche Bewegungen auch mit der größten Unsicherheit auf Erfolg und Schaden für die Unternehmer einleiten konnte, also das Profitinteresse bedroht war, wurde die Prinzipalität gezwungen, auch mit unserem Verband Tarifverträge abzuschließen. Jedoch kämpfte die Prinzipalität mit Löwenstärke bis zum letzten Moment gegen den Abschluß von Reichstarifen. Es war hier besonders die „Provinz“, die den Reichstarif als eine zu große Belastung betrachtete. Aber auch diese Klippe haben wir überwunden.

Nach einer solchen Definition sollte es der Mitgliederchaft recht komisch dünken, daß innerhalb unserer Organisation noch ein „Kampf“ um den Reichstarif ausgetragen wurde. Man mußte den Kollegen, die auf dem Frankfurter Verbandstag gegen die reichsstarifliche Bindung waren, eigentlich ein ungläubiges Maß ökonomischer und historischer Unkenntnis, sowie eine große Portion Leichtgläubigkeit vorwerfen. Wer so urteilen würde, sei sich selbst der Gefahr der Leichtgläubigkeit und der Verantwortungslosigkeit aus. Der größte Teil der damaligen Gegner reichsstarifischer Abschlüsse waren nicht a r u n d s ä h l i c h e Gegner von Reichstarifen, sie waren Gegner von Abschüssen zur damaligen Zeit. Und zwar brachten sie ihre Gegnerchaft in Verbindung mit der damaligen politischen Lage. Es herrschte bei ihnen die Ansicht vor, daß die enorme wirtschaftliche Macht, über die damals die Gewerkschaften noch verfügten, sich unmittelbar in politische Macht umwandeln würde und als solche im Interesse der Arbeiterchaft auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen einwirken würde. Man definierte in diesen Kreisen folgendermaßen: Die wirtschaftlich und organisatorisch stärksten Mitgliederchaften versuchen übliche oder bezirkliche Tarifverträge abzuschließen, die für ihre Verhältnisse ein großes Maß Erfolg bedeuten. Auf Grund dieser Erfolge dürfte es dann den wirtschaftlich und organisatorisch schwachen Mitgliederchaften gelingen, mit der in verschiedenen Institutionen vorhandenen Staatshilfe (also politischer Macht) und organisatorischer Unterstützung solche Abschlüsse zu tätigen, die den Tarifverträgen der wirtschaftlich und organisatorisch starken Mitgliederchaften nur in weinigen nachstanden. In dieser Definition liegt auch der Schlüssel zu der Erscheinung, daß es in besonderen die Großstädte waren, die sich gegen die Reichstarife wandten.

Es ist heute leider nicht festzustellen, ob diese Auffassung bei ihrer Anwendung tatsächlich den Erfolg gezeitigt hätte, der erwartet wurde. Best darüber Überlegungen anzustellen, ist unzumutbar, denn die Umstände auf derartige wirtschaftliche und politische Situationen und Maß-

stellungen, wie sie dem deutschen Proletariat bis zum Beginn der Inflation für die Ausnutzung ihrer Zwecke zur Verfügung standen, ist für die nächste Zukunft nicht vorhanden. Die Inflation hat auch hier vollkommen unändernd gewirkt. Die Ereignisse mit ihren weitestgehenden Folgen haben auch die damaligen Gegner des Reichstaris, in Erkenntnis der veränderten politischen und wirtschaftlichen Situation, zur Umänderung ihrer Stellungnahme zum Reichstaris gezwungen.

Wenn wir zu einer richtigen Beurteilung über die Wirksamkeit des Reichstaris kommen wollen, müssen wir die letzte Verbandsperiode in drei Zeitperioden vorlegen. Erstens die Zeit der gemäßigten Inflation, zweitens die Zeit der stürmischen Inflation, drittens die Zeit seit der Stabilisierung. Die gemäßigte Inflation fiel zeitlich ungefähr zusammen mit der Einführung des Reichstaris. Diese Einführung bedeutete auch und für sich schon einen Erfolg für unsere Organisation, als sie als die Interessensvertretung der graphischen Hilfsarbeiterschaft betrachtet wurde. Sie brachte der gesamten deutschen Kollegenchaft einheitliche Arbeitsbedingungen, so wie die durch die Ortszuschläge bedingten schwach unterschiedlichen Löhne. Den bisherigen tariflosen Zuständen in verschiedenen Orten und Bezirken war dadurch ein Ende bereitet. Der erste abgeschlossene Reichstaris gehörte nicht zu den glanzvollsten. Es war dies eine ganz natürliche Entwicklung, da ja gerade der Abschluss des Reichstaris erst die Möglichkeit zu seinem inneren Ausbau gab. Insbesondere waren die Entlohnungsprozentsätze absolut nicht befriedigend. In den zukünftigen Abschlüssen gab es bei den Manteltarifvertragsbestimmungen ein dauerndes Aufwärtsstreben. Die größte Aufmerksamkeit beanspruchte jedoch in den ganzen Jahren die Entlohnungsfrage. Und hierin hat sich der Reichstaris außerordentlich erwiesen bei der reichstarislichen Regelung. Schon in der Zeit der gemäßigten Inflation war es mit größten Schwierigkeiten verknüpft, der Geldwertung entsprechende Zulagen zu erringen. Um weit geringer wären die Aussichten bei örtlichen oder bezirklichen Lohnabschlüssen gewesen.

Es braucht im Rahmen des Artikels nicht weiter hingewiesen zu werden auf die dauernden Wohnveränderungen. Davon sind wir überzeugt, daß die Abschlüsse, die getätigt wurden, keineswegs der wahrhaften Geldwertung entsprachen. Wenn wir das letzte als Tatsache buchen, dann ist es keineswegs ein Beweis für die Unzuverlässigkeit des Reichstaris. Keiner Gewerkschaft gelang es, den Nominallohn auf eine Höhe, die dem Friedensreallohn entsprach, zu bringen. In dieser Stelle soll jedoch erinnert werden, daß die graphischen Verbände mit die ersten waren, die den Kampf um die Index, und später um die Goldlöhne aufnahmen. In der Zeit der stürmischen Inflation bedeutet die reichstarisliche Regelung der Löhne schon technisch einen Vorteil, der in hater Mängel zum Ausdruck kam.

Weiterhin sichtbar wurde die Wirkung des Reichstaris auf die Organisation selbst. Der Reichstaris wirkte für unseren Verband als propagandistische Kraft mit größtem Erfolg. Ein dauerndes Steigen der Mitgliederzahlen und Vertiefung des Organisationsgedankens in breiten Mitgliedermassen waren die besten Erfolge. Aber nicht lange sollten alle „Erfolge“ der Organisation und der Kollegenchaft bleiben. Mit dem Aufbruch der stürmischen Inflation eia und mit ihr begann die vollständige Umwälzung der Verhältnisse. Die Niederlage, die uns durch die Inflation zuteil wurde, konnte leider noch vergrößert werden durch den unglücklichen Ausgang des Berliner Streiks im November 1923. Dieser bot der Prinzipalität gute Gelegenheiten, alle die Wünsche in Erfüllung gehen zu lassen, die auf die Verschlechterung bzw. Beseitigung verschiedener Bestimmungen des Reichstaris hingen.

Eine neue Periode in unserem Tarifleben trat mit dem Januar 1924 ein. Mit der ganzen Brutalität, die ihr eigen ist, nützte die Prinzipalität ihre damalige wirtschaftliche Machtstellung aus. In unser aller Erinnerung sind heute noch die Tarifverhandlungen dieser Zeit, die schließlich auf einem Verzicht unserer Organisation auf einen Reichstaris geführt hätten, wenn nicht das Reichsarbeitsministerium vermittelt eingegriffen hätte. Mit 23 Mark Lohn, 53stündiger Arbeitszeit und verschlechtertem Arbeitsbestimmungen (um diese nur herauszugreifen) mußten wir ein neues reichstarisliches Verhältnis eingehen. Und doch ist diese Zeit der Ausgangspunkt eines glänzenden Wiederaufstieges geworden. Alle Kraft der Organisation und der Mitglieder wurde jetzt auf die Ausgestaltung des Reichstaris konzentriert und mit Hilfe der guten Konjunktur ist es gelungen, den Reichstaris in seinen wesentlichen Bestandteilen um ein Bedeutendes zu verbessern. Dies trifft besonders auf die Lohnregelung zu. Seit Anfang 1924 können wir eine dauernde, wenn auch mäßige Steigerung des Reallohnes buchen. Der Lohnsteigerung gegenübergestellt, ist die Befreiung der Manteltarifbestimmungen sehr zurückgeblieben. Es liegt dies aber auf dem natürlichen Wege des Geschehens, denn es war in erster Linie die materielle Not, die die Kollegenchaft bedrückte und ihr gegenüber mußten die idealen Interessen zurückgestellt werden. Es scheint, als wenn in Zukunft die Lohnregelung nicht mehr die volle Kraft der Organisation beansprucht und somit der Weg frei ist, von dem wir insbesondere die idealen Forderungen, zu denen die Arbeitszeit, die Ferien usw. und besonders das Problem der Prozentfrage gehören, anführen wollen.

Dies ist m. E. die Route, die die Organisation bei der zukünftigen Tarifpolitik einzuschlagen hat und hierin sollte auch — bei der Behandlung dieses Fragenkomplexes — die größte Aufmerksamkeit des Verbandstages liegen.

Nun seien noch im Rahmen dieses Artikels einige Probleme aufgerollt, die ihre Schatten auch auf den Hamburger Verbandstag werfen werden und unmittelbar und mittelbar mit dem Reichstaris in innigen und losem Zusammenhang stehen.

Ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß der Reichstaris für die Gestaltung unseres Organisationslebens von eminenter Bedeutung war. Er ermöglichte uns die Agitation und Mitgliederwerbung insbesondere in der Provinz ungeheuer und trug ja dazu bei, die Organisation zu dem zu machen, was sie ist. Es ist unbestritten, daß unser Verband zu den stärksten und kraftvollsten Organisationen der ungelerten Arbeiter zählt. Es ist uns gelungen, die Gesamtkollegenchaft im Laufe der Jahre aus dem Rahmen der ungelerten Arbeiterkraft herauszuheben. Dieser Wiederaufstieg enthält jedoch einen Gefahrenkeim. Dieser, wie sich nach ökonomischen Gesetzen eine natürliche Regelung der Durchschnittsprofite durchsetzt, setzt sich bei der Ge-

samtarbeit der ungelerten Arbeiter eines Landes ein Durchschnittslohn fest. Dieser wird nur von der einen oder anderen an gelegentlichen Gruppen überschritten, bei der ein gewisses Maß Erkenntnis und Fertigkeit vorausgesetzt wird. In dem Gewerbe nun, in dem die Entlohnung des ungelerten Arbeiters höher ist als in anderen Gewerbebereichen, wird sich bald ein Zustrom von ungelerten Kräften aus dem ungelerten Heer der arbeitslosen Ungelerten ergeben, der dann durch das Lebensangebot sehr stark auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wirken kann. Diese Gefahr droht, je mehr wir uns aus dem Kreis der ungelerten Arbeiter herausheben. Gegen diese Tendenz müssen Mittel der Abwehr gefunden werden. Diese Mittel sind der Ausbau unserer Organisation und die Regelung des Arbeitsangebotes, die Monopolisierung der Arbeitskraft des ungelerten Hilfspersonal in unserem Verband. Das erste ist eine unerlässliche Vorbedingung für die Durchföhrung des zweiten. Es ist weiter oben schon angeführt, inwiefern der Reichstaris den Ausbau der Organisation erleichtern kann. Restlose aufopferungsvolle Arbeit sämtlicher Kollegen ist dazu notwendig. Ist diese Arbeit geleistet (wir sind auf dem besten Wege dazu), dann ist die Organisation ein vollständig wirksames Gewerkschaftsmonopol, nämlich der ausschließlichen Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. In die Regelung einbezogen mußte nun die Regulierung von Angebot und Nachfrage der ungelerten Arbeitskräfte des graphischen Hilfspersonal sein, welche sich nicht richten darf nach den Bedürfnissen der Unternehmer, sondern nach den Bedürfnissen der Wirtschaft. Diese Tendenz muß sich im Laufe der Jahre mit derselben Schärfe und Genauigkeit durchsetzen, wie sie sich bei der Gehaltsorganisation durchgesetzt hat und nicht unwesentlich zum Ausbau und Einfluß dieser Organisation beitrug. Genau wie es den Gehältern gelang, sich zu monopolisieren, muß dieses auch uns gelingen. Ich möchte nicht veräumen, in diesem Zusammenhang hinzuweisen auf die große Bedeutung der Begriffsbestimmung „Hilfsarbeiter“, die im Reichstaris vorgegeben ist, aber unserer Wünsche noch nicht gerecht werden kann und auch noch ausbaufähig ist. Der Verbandstag würde gut tun, sich auch mit diesem Problem zu beschäftigen. Es ist zwar noch nicht offiziell, weil einige Voraussetzungen fehlen, aber es ist gut, wenn man versucht, Probleme in ihrer positiven Aktualität wenigstens theoretisch zu lösen, da sie als aktuelle Probleme meist in Bereich großer Gefahren liegen.

Nun möchte ich zum Schluß noch das Wort zu einem Antrag der Zahlstelle Rothaus zum Punkt „Lohn- und Tariffragen“ nehmen. Dieser Antrag fordert die Erhöhung der prozentualen Entlohnungsätze von 88 auf 90 Proz. So sympathisch dieser Antrag im ersten Moment auf viele wirkt, so überflüssig zeigt er sich bei näherem Nachdenken. Das Ziel unserer Lohn- und Tarifpolitik ist nicht in einem Artikel in der „Solidarität“ (so schön kargelagert wurde) „die Eringung des Lohnanteils am Produkt“. Jede Verbesserung der Löhne ist nur eine Etappe auf dem Wege zu diesem Ziel. Der Rothauer Antrag bedeutet demnach nur eine Stappensation. Es ist aber nicht im Bereich des Verhandlungs- (und hauptsächlich nicht bei der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes), Stappenziele zu bestimmen. Der Verbandstag als solcher kann nur Richtlinien für die zukünftige Lohn- und Tarifpolitik festlegen. Er muß sich hüten, diese Richtlinien zu scharf zu begrenzen. Die Löhne bei der Ausrichtung von Lohn- und Tarifkämpfen muß möglichst frei von jeder Bindung sein. Es wird sich in ihrer Hauptbestimmung von den Wirtschaftsverhältnissen und den Machtverhältnissen der Organisation. Darum könnte der Rothauer Antrag ein Hindernis bedeuten, genau so wie ein in der Berliner Zahlstelle gestellter, aber abgelehnter Antrag, der die Erreichung des Friedensreallohnes fordert. Für unsere Prinzipale sind beratige Anträge Vorkämpfer für die Kampfraft und Aktivität unserer Mitglieder. Wie leicht kann nun dieser Antrag den Gedanken bei der Prinzipalität auslösen, daß wir mit einer 90prozentigen Entlohnung zufrieden sind!

Es sei darum hier noch einiges Grundlegendes zur Prozentfrage angeführt: Die unterschiedliche Entlohnung der Gelerten und Ungelerten wird, so absurd es manchmal anzuempfehlen klingt, durch ökonomische Gesetze geregelt, und zwar durch dieselben ökonomischen Gesetze, die nach der Lehre von Karl Marx den Preis der Arbeitskraft bestimmen. Der Auf nach dem „gleichen Lohn für alle“, der kurz nach der Revolution vielfach die Geister beherrschte, ist deshalb in der kapitalistischen Wirtschaft eine Utopie. Er ist durchführbar in einer sozialistischen Wirtschaft, aber auch hier an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Aber eine ebenso unmittelbare Tatsache ist, daß die heute von der Prinzipalität geforderten Prozentsätze zu den ökonomischen Bedingungen in keinem Verhältnis stehen.

Auch unserer Rothauer Kollegenchaft sei gesagt, daß nach Errechnung tüchtiger Detonomen auch eine 80- oder 90prozentige Entlohnung noch keineswegs das Maß des bedingten erreicht hat. Und über dies hinaus wird es unsere Aufgabe sein, solange der Arbeiterkampf nicht der volle Lohnanteil am Produkt gehört, die Prozentsätze bis an die Grenze des Möglichen zu steigern. B. K l a u e, Berlin.

Zum 8. Verbandstage in Hamburg.

Dem Kollegen Walfen, diesem loyalen, langmütigen Finanzier der Mitgliedschaft Leipzig, ist zuerst die Gebüh ausgegangen ob der Hilfe in der graphischen Hilfsarbeiterchaft vor ihrem 8. Verbandstage in Hamburg. Er vermit eine eingehende Distuktion in der „Solidarität“ aus den Reihen der Mitglieder über die eingehendsten zahlreichen Anträge und glaubt, daß er mit seinen anerkanntesten Ausführungen in Nr. 23 der „Solidarität“ die Jungen lösen würde. Ich kann den Wunsch des Kollegen Walfen, etwas über die Stimmung der Kollegenchaft im Reich zu erfahren, begründen. Ich ahne auch, welcher Punkt ihn am meisten interessiert, dazu ist er ja auch Finanzminister. Als Funktionär hält man in der öffentlichen Kritik deshalb zurück, weil man wünscht, daß auch aus der Mitte des großen Proletars der eine oder andere es wagt, Stellung zu den geplanten Vereinrichtungen unseres Verbandes zu nehmen. Wenn dies bei uns unterbleibt, so zeigt es uns die Güte des Materials, das uns zum Weiterbau des Verbandkörpers zur Verfügung steht. Als Funktionäre haben wir die Pflicht, die einschneidendsten Anträge mit unserer Mitgliedschaft zu besprechen und sie von gewissen Notwendigkeiten zu überzeugen. Die Aufnahme von Anträgen mit weitestgehenden Zielen wird in den Mitgliedschaften der

Provinz eine andere sein als in den großen Druckstädten, deshalb wohl die Voricht der Provinzier, nicht gleich über zu hochgepannte Anträge öffentlich herzuführen.

Der 8. Verbandstag wird hoffentlich eine ständige Ausnahme von seinen Vorgängern machen und seine beste Zeit nicht mit tendenziösen, unfruchtbaren Redeschlachten ausfüllen, um dann zuletzt die grundlegenden Arbeiten in Baulich und Bogen zu erledigen. Die Anträge über Beitrags- und Unterstützungsweisen bedingen eine gründliche Ausprache, ehe sie statutengemäß veranfert werden können. Deshalb halte ich auch die Tätigkeit einer Statutenberatungskommission vor der großen Aussprache für w e n i g e r u n t e r b r i n g e n d. Daß dem Kollegen Walfen die pünktliche Abredung der Gage und Zahlstellen sehr am Herzen liegt, ist begreiflich. Doch kann dies durch statutenmäßige Festlegungen allein nicht erreicht werden, sondern hängt hauptsächlich von der verfügbaren Qualität der Funktionäre in den Zahlstellen ab.

In der Beitragsfrage wird doch etwas über das Ziel hinausgeschossen. Der Antrag Düsseldorf zum Beispiel ist unsubstanzvoll. Uns erscheint eine Beitragserhöhung von 10 Pf. genügend, um die Finanzierung der neu einzuföhrbaren Krankenunterstützung ausführen zu können. Nicht ausführbar ist der Antrag der Zahlstelle Berlin in bezug auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützung, wenn man die von ihr beantragte Beitragshöhe zugrunde legt. Die Krankenunterstützung muß wenigstens so aussehen, daß sie nicht lächerlich wirkt. Es erscheint uns der Antrag des Hauptvorstandes als zu niedrig bemessen. Die Anträge auf Eröchtung einer Sterbekasse im Volkshaus, die von 10 Zahlstellen gestellt wurden, ebenso die Einführung einer Invalidenkasse werden auf Annahme in Hamburg nicht rechnen können, weil sie bei uns nicht den Boden vorfinden, der für ihre Verwirklichung notwendig ist.

Berlin, Köln, Leipzig verlangen Förderung der Jugendbewegung und Herausgabe einer periodischen Jugendzeitschrift. Nur vom Gesichtspunkte der großen Zahlstellen kann diesen Anträgen Verständnis entgegengebracht werden. Die eoll. Ausföhrung und Finanzierung dieser Einrichtung dürfte nur Sache dieser Zahlstellen sein. Bei Gelegenheit werden wir unseren Standpunkt klarlegen. Hamburg verlangt ein Referat über das Thema: „Industrieverband“, was nichts schaden kann.

Mais ist der Antrag Halle, den Industrieverband schon am 1. August 1925 einzuföhren, ebenso der Antrag über den Beitritt in die „Rote Hilfe“. Ob der Verbandsbetrat ausgebaut oder aufgelöst werden soll, überlasse man ohne vorherige Distuktion dem Verbandstage. Wir hoffen und wünschen, daß die Hamburger Tagung nur von praktischen Erwägungen geleitet wird. Unser Erfolg hängt zum großen Teil von der selbstlosen Pflüchtigung unserer Funktionäre ab. Sie ist das beste und unerlässliche Erziehungsmittel im gewerkschaftlichen Emanzipationskampfe. Ham Müller, Mainz.

Was führt zum Erfolg?

Was wohl der Verbandstag bei dem Tagesordnungspunkt „Agitation“ besprechen und beschließen will, wird sich manches Mitglied schon gefragt haben, das nicht an die übliche Art der Mitgliederwerbung durch Flugblätter, Broschüren und Versammlungsreden denkt. Gewiß muß in dieser Form vorgegangen werden, aber tun wir das nicht schon, solange der Verband besteht und wir an seinem Auf- und Ausbau arbeiten? Ueber diese Agitationsform wird kaum viel Neues noch zu sagen sein, sie ist die einfachste Art, Mitglieder zu gewinnen, ob sie aber heute noch als die erfolgversprechendste bezeichnet werden kann, wird von manchem Kollegen stark bezweifelt. Wirksam läßt sich am besten im Betriebe selbst arbeiten und der Kollege und die Kollegin, die mit ihren Mitarbeitern in geeigneter Weise sprechen und unwiderlegbare Tatsachen für den Wert des Verbandes anführen kann, wird oft schöner Erfolge erwirken als mancher glänzende Versammlungsredner, wenn er keine oder nicht genügend Zuhörer hat, auf die es ankommt. Wir wissen doch, wie schwer es ist, gerade die Unorganisierten in eine Versammlung zu bekommen, sind doch oft die Ortsvorstände heiföhr, wenn die Verbandsmitglieder in der Wehrzahl erscheinen. Ja, wäre die Versammlung eine Kinovorstellung oder vielleicht ein Tanzvergnügen, oft wäre dann die Fülle der Besucher nicht unterzubringen, noch dazu bei freiem Eintritt.

Nach Flugblättern und andere Schriften haben einen fragwürdigen Wert, sofern wir nicht die Gewertheit haben, daß sie gelesen werden. Indifferenten Mitarbeiter werden das „langweilige Zeug“ meistens einfach zur Seite legen. Sie verlangen nur nach Liebes- oder Kriminalromanen. Mit Agitationsnummern unserer „Solidarität“ ist es auch so eine Sache. Die letzten Verläufe auf diesem Gebiet wurden durch Illustrationen unterstützt, die weiter nichts als eine Konzeption an die Dummheit waren; denn welcher aufgeklärte Arbeiter, der seine wirtschaftliche Lage klar erkannt hat, wird es nötig haben, sich durch Bilder demonstrieren zu lassen, was er zu tun hat. Armerich bietet diese Form die Aussicht, daß vielleicht die Verbandszeitung gelesen wird. Das ist dann schon ein Erfolg, der zuletzt zur Mitgliedschaft föhren muß.

Schließlich sind alle die alten Methoden der Agitation nicht zu entbehren, ihre Anwendung ist ein Mittel, das wiederholt gebraucht uns dem Ziele näher bringt. Sie bieten aber nur einen — und nicht einmal einen vollkommenen — Erfolg für die Arbeit der Verbandsmitglieder im Betriebe oder bei anderen Zusammenkünften der Kollegen und Kolleginnen. Wer da die Außenwelt richtig zu nehmen versteht und ständig in e n t p r e c h e n d e Weise für den Verband wirkt, muß den Kampf gegen die Dummheit gewinnen, ja, er wird auch endlich Bewusstheit — was noch schwerer ist — überwinden. Aber verstehen wir recht. Er muß richtig vorgehen wissen und die geeignete Form anzuwenden verstehen. Es gibt unter den Kollegen prächtige Leute, die mit Feuerkraft und ganzem Herzen für unsere gute Sache eintreten und doch fehlt ihnen die gewisse Art, oft auch die notwendige tiefe Kenntnis der gewerkschaftlichen Dinge, um größere Erfolge in ihrem Kreis zu erzielen. Es kommt sogar vor, daß sie in ihrem Leberer, in ihrem gerechten Zorn über alle verstockten Sinder in der Agitation mehr schaden als nützen und — wie man zu sagen pflegt — die anderen vor den Kopf stoßen. Sie ist nämlich nicht einfach, die Agitation von Mund zu Mund, ja selbst sie sich anschaut. Es geht bei den Mitgliedern ein bestimmtes Maß von Wissen voraus, das überhaupt bei der gewerkschaftlichen Arbeit unentbehrlich ist. Unsere Funktionäre

näre und Vertrauensleute. Die Ortsparlamenten und jeder, der für den Verband wirken will und kann, muß demnach mit den notwendigen gewerkschaftlichen Kenntnissen ausgestattet sein. Das ist die erste Vorbedingung für eine erfolgreiche Mittelgliederwerbung. Diese Kenntnisse versehen uns auch in die Lage, die Mitglieder zu halten und zu festigen.

Warum haben denn so viele Mitglieder dem Verbands den Rücken gekehrt, als er nicht mehr der Lohnverbesserungsorganisationszeit sein konnte? Weil sie einfach von Wesen und Bedeutung des wirtschaftlichen Zusammenhanges keinen blässen Schimmer hatten. Sie wußten nur das eine, durch den Verband kommt zu den notwendigen Lohnzulagen, darum mußte du Mitglied sein. Als es aber einmal mit den Zulagen nicht so ging, wie sie es gewohnt waren, „apartieren“ sie die Beiträge, die nach ihrer Ansicht nun sorgloseres Geld waren. Sie waren gewerkschaftliche Kleinböse, konnten nicht über ihre Neugier hinwegsehen, hatten keine Ahnung von den wirtschaftlichen Zusammenhängen und dachten in ihrer Selbstfühl, der Verband hat Zweck, wenn er für den kleinsten Beitrag höchsten Nutzen bringt. Die Folgezeit wird manchem übel bekommen sein, mancher ist reumütig wiedergekehrt und vielleicht geht auf dem besten Wege, ein überzeugter und treuer Anhänger der Gewerkschaft zu werden. Aber mußte es erst so kommen? Bestimmt nicht, wenn in jedem Menschen die notwendige Einsicht wohnt. Die Einsicht es eben, und da müssen wir einsehen. Ein tüchtiges Mitglied ist zu leisten, Mitglieder zu halten ist oft schwerer, als sie zu gewinnen.

Wir sehen also, daß es bei der Werbearbeit zuerst auf den Vertrauensmann ankommt. Soll er seine Arbeit ganz erfüllen, müssen ihm die Möglichkeiten dazu gegeben werden. Wer andere eine fremde Sprache lehren will, muß sie selbst ganz beherrschen. Wer kaum über das ABC hinaus ist, kann keinen anderen lehren. Der Verbandsrat muß daher bei dem betreffenden Gegenstand der Tagesordnung über Bildungsmöglichkeiten der Funktionäre und Mitglieder weitgehende Beschlüsse fassen. In einigen Zahlstellen sind keine Anlässe gemacht, das genügt nicht. Auch der Kollegen und Kolleginnen in kleinen und kleinsten Zahlstellen hat sich der Verband in gedachter Art anzunehmen, über die die Delegierten sehr ernsthaft zu beraten haben. Zu einer Lösung dieser für uns sehr wichtigen Frage müssen wir kommen, wenn der Verband nicht in schweren finanziellen Schäden nehmen will. Der Verbandsrat wird daher etwas großzügig zu Werten gehen und auch die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen müssen, die vielleicht für den gedachten Zweck notwendiger sind als für manche Unterhaltungsart. Die gewerkschaftlich gut durchgeleitete und überzeugte Kollegin ist zuverlässiger im Kampf und unbedingt treu, sie scheut den Verbandsbeitrag nicht. Wer durch irgendeine Unterhaltungsart nur gewonnen und gehalten werden kann, ist lau und unbedingbar. Scheuen wir also die Mittel nicht für die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit.

Zurück zur gefundenen Gewerkschaftsmoral!

Im Arbeiterlager steht der Feind. Tagtäglich übt er Verrat. Liebt Verrat, indem er ruhig zuseht, wie andere sich mühen um ein besseres Wohlergehen der Arbeiterklasse, wie sie Opfer, Not und Entbehrung auf sich nehmen in schwerem Kampfe um ein größeres Stück Brot, um einen bescheidenen Lichtblick, ein bißchen Lebensfreude im Proletariat.

Das ist der Unorganisierte. Er läßt die anderen für sich sorgen. Das kostet ihn nichts, weder Geldopfer, noch freie Zeit. Müht sich für mich; die Früchte, die ihr durch euren gewerkschaftlichen Fleiß erntet, erntet auch ich. Was ihr sät, reißt auch mir zu. Gewiß, das ist Diebstahl an anderer Gut, ist Diebstahl an Arbeitersrecht und an den Klassengenossen. Ich esse mit, wenn durch anderer Mühen der Gehalt des Arbeiters etwas reichlicher gedeckt wird. Den anderen die Arbeit, mir der Erfolg. So rechnet der Unorganisierte.

Gewiß: Das ist selbstständig gehandelt, ist ein Verbrechen an der Solidarität der Arbeiterklasse, ist nackter Raub an Güte anderer, zeugt weder von proletarischem Heberzeugung noch irgendwelchem Opferfinn. Und obendrein ist das feig gehandelt. Der Unorganisierte, der so handelt, ist Hyäne des wirtschaftlichen Schicksals. Gleich schließt er die Partelle der Gewerkschaftsbewegung, gleich drückt er sich vor der Organisationsarbeit. Und obendrein „part“ er den Beitrag.

Ist ein solcher Mensch nicht in vollstem Sinne des Wortes verächtlich? In anderen Gesellschaftsklassen wird der Außensteher verachtet. Nicht aber bei großen Teilen der Arbeiterschaft. Vor dem Kriege galt allerdings auch in der Arbeiterklasse der Unorganisierte nichts. Wertwüdig: der Betrüger, der alle menschlichen Moralbegriffe umgestülpt hat, der das Morden und Stehlen zur „guten“ Tat erhoben, er hält auch heute noch viele von der Rückkehr zur alten Moralauffassung ab; noch immer ährt seine Morabergeltung in allen Volksschichten nach und bekennt sich dabei auch in schändlicher Weise die Aufstellung vieler Arbeiter in gewerkschaftlichen Dingen. Und so beobachten wir: Während man früher einem Unorganisierten gezeigt hätte, wo der Zimmermann das Maß gehalten, wenn er sich erkümmert hätte, in einer Gewerkschaftsverammlung das Maul aufzureißen und „gute Lehren“ zu erbrechen, darf er heute öffentlich mit seiner gewerkschaftlichen Nichtsmutigkeit prahlen. Viele hören ihn ruhig an, manche klatschen ihm sogar Beifall, wenn er in rüden Ton über die Organisation oder deren Vertreter loszieht und sich dabei seines Indifferentismus brüht. Und Leute, die der Gewerkschaft angehören, die empfinden und wissen, daß es unwürdig ist, der Gewerkschaft nicht anzugehören, zollen nicht der rühmten Tat, sondern dem frechen Wortgeflügel Beifall, ohne zu ahnen, daß sie damit sich selbst und ihre eigene Gewerkschaftszugehörigkeit verpönnen; ahnungslos lassen sie ihre eigene Organisation bespucken. Da, es kommt sogar vor, daß sie solchen gewerkschaftlichen Marodeuren recht geben, wenn sie frechfertig erklären, die Führung hätte bei der Bewegung nicht genügend herausgeschalt, obwohl gerade die Unorganisierten die Macht der Gewerkschaft verdümmern helfen, so daß nur ein Teilerfolg herausbringen konnte. Ganz abgesehen davon, daß solche gewerkschaftlichen Parasiten keinerlei moralisches Recht haben, aus einer Bewegung etwas zu fordern, zu deren Gedeihen sie weder beigetragen noch irgend sonst ein Opfer gebracht

haben. Doch sie sind frech: Sie fordern von den Arbeitern, die andere ernsten, und schimpfen, wenn die Ernte nicht reichlich genug ausgefällt.

Und solche Geister finden Anhang. Gewiß, der Krieg hat die Moralbegriffe verdrückt. Und diese Unfüllung von gut und böse wirkt heute noch nach. Aber wäre es nicht endlich an der Zeit, daß sich wenigstens organisierte Arbeiter davon freimachen, indem sie wieder gewerkschaftlich klar sehen und sich endlich wieder der alten Gewerkschaftsgrundsätze erinnern und sie beherzigen?

Das muß endlich geschehen. Wer nicht mit uns ist, der ist unser Gegner, ob er im feudalen Gesellschaftsstaat oder im Arbeitsstaat auftritt. Der Arbeiter, der die Früchte der Organisation einfaßt, ohne irgendwie zur Stärke der Gewerkschaften beizutragen, ist ein gewissenloser Dieb am Gewerkschaftsrecht. Als solchen behandelt ihn. Er ist doppelverächtlich, weil sich sein Tun gegen die eigene Klasse richtet. Zeigt solchen Parasiten, falls sie sich erschrecken auch in Versammlungen „gute“ Ratsschläge zu erteilen, die Sanktion von draußen. Und auch im Privatleben teuerste Gemeinschaft mit ihnen! Denn sie sind Verräter eurer Interessen. Diebe an eurem Organisationsfleiß, ein Hemmschuh in eurem wirtschaftlichen Fortkommen!

Zurück zu den alten, gesunden gewerkschaftlichen Moralbegriffen. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns! Der Feind im eigenen Lager ist der verächtlichste und gefährlichste. Und wer sein Freund ist, ja, ihn nur be-

Die zehn Gebote für das Proletariat

1. Die höchste Vernunft wohnt in dir selbst. Mühe du diese deine Vernunft.
2. All deine Handlungswiese sei stets auf den Vorteil der Allgemeinheit gerichtet.
3. Deine Arbeit sei heiliger Dienst an der Menschheit. Erhöhe du da heraus deine Würde.
4. Den Räuber an deiner Arbeit sollst du bekämpfen, wo immer du tannst.
5. Du sollst dich nicht für Gespinteressen töten lassen.
6. Du darfst sieben alles, was da schön ist. Liebe du die Blumen, die Sterne, die bunten Gesteine und die Gebanten. Und achte du in der Schönheit der Mädchen die werdende Mütterlichkeit.
7. Du sollst dich nicht vom Unternehmer bestehen lassen.
8. Achte du in deinem Mitmenschen das Gute, bespänne das Böse: wo du es findest, zunächst in dir selbst.
9. Begehre für alle Menschen die Gemeinsamkeit.
10. Alles, was der Weltgeist an Lebenswerten schuf, schuf er für alle. Lasse du dir durch keinen Menschen deine Rechte an allen Lebenswerten schmälern.

Und wo immer du das Unrecht findest, da greife es an.

Mag Dartu.

achtet, der begünstigt den Feind, er begehrt Verrat an der eigenen Klasse, er ist kein eigener Feind. Und die wohlverdiente Verachtung, die die Hyänen des Wirtschaftskampfes trifft, fällt auch auf ihn. Mit Verrätern fraternisiert man nicht.

Das war früher die gewerkschaftliche Auffassung. Danach wurde gehandelt. Handelt wieder so!

Die Bildungsarbeit der Gewerkschaften.

Liegt der Monarchismus den Deutschen im Blut?

Es soll hier nicht ein Programm der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit entwickelt, sondern nur eine Kritik an dem in Nr. 20 der „Solidarität“ vom 16. Mai erschienenen Artikel „Liegt der Monarchismus den Deutschen im Blut?“ geleitet werden.

Es wird keinen ernststen Gewerkschaftler geben, der die gewerkschaftliche Schulungsarbeit nur auf rein gewerkschaftliche Fragen beschränken will. Selbstverständlich müssen sie den Hauptplatz in der gewerkschaftlichen Schulungsarbeit einnehmen. Soweit aber andere Fragen in den Kreis der gewerkschaftlichen Schulungsarbeit einbezogen werden, müssen sie ebenso selbstverständlich mit den Fragen des gewerkschaftlichen und proletarischen Lebens überhaupt einen unmittelbaren oder mittelbaren Zusammenhang haben. Ohne den Proletariat in seinem Kampfe um die Besserung seiner Lebenslage zu dienen, würde die gewerkschaftliche Bildungsarbeit für eine unnütze, zeitraubende und damit den Arbeiter schädigende Beschäftigung sein.

Nun gibt ohne Zweifel der erwähnte Artikel aus Nr. 20 der „Solidarität“ die Möglichkeit, wenn auch nicht in einer rein gewerkschaftlichen, so doch in einer das Arbeiterleben tief beherrschenden Frage Klärung unter die Arbeiterschaft zu tragen. Doch muß man gerade bei solchen geschichtlichen Themen zur Vorauslegung machen, daß

1. der geschichtliche Stoff wahrheitsgemäß und
 2. seine Bewertung und Ausnützung für den Klassenkampf der Arbeiter vom historisch-materialistischen Standpunkt und nicht von dem der bürgerlichen Ideologen aus geschieht.
- Diese beiden Voraussetzungen müssen unbedingt gemacht werden. Welche Voraussetzungen treffen aber nicht auf den Artikel Lauffötters zu. Im Gegenteil, Lauffötter behandelt die Fragen vom Standpunkt des bürgerlichen Ideologen: vom Standpunkt der „Vernunft“. Der einzige Unterschied zwischen Lauffötter und einem z-bestehenden bürgerlichen Ideologen liegt lediglich in der Gegenfälligkeit ihrer Behauptungen. Der Bürgerliche behauptet, die Monarchie ist „vernünftig“, während Lauffötter sagt:

„Der Monarchismus schlägt der Vernunft und der Menschenwürde ins Gesicht, er widerpricht dem Charakter der Deutschen, weil er gegen Freiheit und Recht verstößt.“

Zunächst zur Darstellung des geschichtlichen Stoffes bei Lauffötter selbst. Es ist selbstverständlich, daß bei der Darstellung irgendwelcher geschichtlicher Zustände und Ereignisse nicht der Wunsch des Darstellers, die Sachen zu zeigen, wie sie ihm gerade fallen, maßgebend sein kann. Die Darstellung muß schon wirklich den Tatsachen entsprechen. Dies ist aber bei Lauffötter nicht der Fall. Sein Wunsch, die Dinge zu zeigen, wie es ihm am besten paßt, und nicht die wissenschaftliche Erkenntnis hat ihm bei seinem Artikel die Feder geführt.

Selbstverständlich ist die Sache der Monarchisten, die behaupten, der Monarchismus liege dem Deutschen im Blut, eine faule. Aber wenn Lauffötter sagt, daß es weder bei den alten Germanen, noch im mittelalterlichen Deutschland eine Monarchie oder eine monarchistische Einrichtung gegeben habe, so stellt er die Tatsachen auf den Kopf. Für Lauffötter spricht dabei noch nicht einmal die Tatsache, daß er es unbenutzt getan hat, denn er spricht doch weiterhin in seinem Artikel von der Macht des deutschen Kaisers im Mittelalter. Wie groß oder klein die Macht des Kaisers und der vielen Fürsten war, spielt dabei gar keine Rolle: Die Monarchie bestand. Es gibt verschiedene Formen der Monarchie (Lauffötter spricht, ohne es zu betonen, selbst davon), die man im allgemeinen wie folgt eingeteilt kann: a) die ständisch-beschränkte Monarchie, b) die absolute Monarchie, c) die konstitutionelle Monarchie. Es ist Unsin, die ständisch-beschränkte Monarchie des Mittelalters mit der Republik gleichsetzen zu wollen und in einen Gegensatz zur Monarchie zu bringen, wie es Lauffötter tut. Wenn Lauffötter behauptet, die Rechte der Kaiser und Fürsten seien zu dieser Zeit sehr gering gewesen, so stimmt das wohl gegenüber der absoluten Monarchie, aber nicht gegenüber der konstitutionellen Monarchie, wie wir sie in ihrer ausgebildeten Form in England und in halbabsolutistischer Form vor dem Kriege in Deutschland hatten. Da ja zur Zeit der ständisch-beschränkten Monarchie die Herrigkeit bestand, beweist das ja nur, daß die „Landesväter“ wirklich Macht besaßen. Darüber hinaus ist aber auch noch festgestellt, daß z. B. die Macht der Frankenkaiser, also im frühen Mittelalter, von der absoluten Monarchie sich nur dadurch unterscheidet, daß die Frankenkaiser kein Recht zur Verfeinerung und kein Gebührgerechtheit hatten.

Dieses zur geschichtlichen Tatsache: Monarchie und monarchistische Einrichtungen gab es schon in ausgeprägter Form im frühen Mittelalter und wir sehen, trotz Lauffötter, die ersten Anfänge schon bei den alten Germanen, beim Übergang vom Altertum zum Mittelalter.

Nun zur Fragestellung. Widerpricht die Monarchie der „Vernunft“ und der „Veranlagung“? Was soll in diesem Zusammenhang überhaupt „Vernunft“ und „Veranlagung“ bedeuten? Lauffötter, als alter Gewerkschafter und Sozialdemokrat, er ist sogar Reichstagsabgeordneter, sollte doch wirklich wissen, daß die politischen Herrschaftsverhältnisse in irgendeiner Epoche der Klassengesellschaft den wirtschaftlichen Machtverhältnissen der einzelnen Klassen zueinander, den Produktionsverhältnissen entsprechen. Es ist keine Frage der „Vernunft“ und der „Veranlagung“ des Volkes, ob es von einer Monarchie beherrscht wird oder nicht. Mit der Entwicklung der Klassengesellschaft mußte sich naturgemäß die Monarchie entwickeln. Mit „Vernunft“ und „Veranlagung“ hat das wirklich nichts zu tun. Denn eine Vernunft, die über der Gesellschaft steht, die unberührt von den Klassengegenheiten seit aller Ewigkeit die gleiche ist und in aller Zukunft die gleiche sein wird, gibt es ja nicht. Entstand mit der Entwicklung der Klassengesellschaft die Monarchie, so wird durch die Entwicklung der Industrie nicht nur der Boden für die Beseitigung der Klassengesellschaft, sondern selbstverständlich auch der Monarchie geschaffen. Die höchste Stufe des Kapitalismus, der Imperialismus, schafft erst eine solche Konzentration und ein solches Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft, daß die Beseitigung der Monarchie und der Klassengesellschaft überhaupt möglich ist.

Ist jede andere Art der Betrachtung der Frage der Monarchie ist verkehrt, ist bürgerlich. Darum muß der Artikel Lauffötters als Aufklärungsartikel mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Es ist unmöglich, daß der Arbeiter, die nach Wissen streben, um ihren Kampf besser führen zu können, eine Geschichtsbetrachtung vorgelegt wird, wie sie der bürgerlichen Ideologie entspricht.

Erfüllt wenn man den Boden der bürgerlichen Geschichtsauffassung verläßt, erst wenn man sich auf den Boden der materialistischen Geschichtsbetrachtung stellt und erkennt, daß nicht „Unvernunft“ und „schlechte Veranlagung“, sondern wirtschaftliche Bedingungen, nämlich die Entwicklung vom Urkommunismus zur Klassengesellschaft, die Monarchie geschaffen haben, kann man die Bedingungen ihrer Beseitigung erkennen, kann man einen erfolgreichen Kampf gegen sie führen und sie mit dem der Klassengesellschaft beseitigen.

F. Hamburg.

Wenn die Sonne scheint.

Nun hat beinahe 14 Tage die Sonne geschienen. Deshalb müssen die Preise steigen. Der Salat ist doppelt so teuer als in der vorigen Woche, die Gurke ist nicht mehr zu bezahlen, eine Handvoll Gemüse verköstigt einen bescheidenen Bruchteil des Haushaltsgeldes, und wer unter den Proletariaten so vernest ist und Appetit hat, auf eine Spargelstange oder gar auf Erdbeeren oder Kirchen, der wird erfahren, solche Dinge sind nicht für uns gewachsen. Sie sind zu teuer.

Bauer und Landwirt machen dir das plausibel, damit du das auch begriffst: Es regnet nicht, die Ernte steht

schlecht — zische deinen Beutel und zahle. Also steigt die Sonne und auch der Preis. Zahle, zahle! Warum hungerst du auch?

Zum Befragt der letzte preussische Ernsterbericht für den Monat Juni, daß das Getreide besser steht als im Vorjahre und im ausgezeichneten Erntejahr 1913. Roggen, Weizen, Spelz, Karloffeln, Rüben, auf Weide und Feld — alles ist gut geraten und im besten Wachstume. Das sind amtliche Feststellungen und nach ihnen erwartet man für 1925 eine gute, eine sehr gute Ernte. Soweit die Sonne in Frage kommt, heißt es in dem amtlichen Bericht: „Im großen und ganzen scheint die Witterung trotz der lang anhaltenden Trockenheit den Pflanzen gut bekommen zu sein. Die Winterfrüchte haben sich so gut wie gar nicht geändert, der Stand der Sommerung ist an keiner Stelle schlechter als 2,9, d. h. schlechter als im Jahre 1924 und im Jahre 1913. Ein Vergleich mit dem Vorjahre und mit 1913 zeigt, daß sich Verbesserungen und Verschlechterungen gegen diese beiden Jahre gerade die Waage halten.“

Aber die Preise steigen, steigen so sehr, weil die Sonne scheint. Der Landwirt sagt es und der Händler.
Wenn es nun aber regnen sollte — dann werden die Preise auch steigen. Verbrennt heute die scheinende Sonne alles auf den Feldern, so wird der Regen alles erlösen. Dann müssen die Preise steigen. Sagt der Bauer und der Händler.

Aber wenn alles richtig wäre in der Natur, wenn der Reichslandbund per Postkarte beliebig Regen und Sonne beim großen Wettermacher Petrus bestellen könnte, dann würden die Preise natürlich — auch steigen. Denn dann würde es wahrscheinlich heißen: Die Gesteigungskosten sind zu hoch. Du arbeitest nicht lang genug und dein Lohn ist zu hoch. —

Stauue nicht, lieber Kollege, liebe Kollegin. Ueb Solidarität. Schließe dich mit deinesgleichen in der Gemertschaft zusammen, um diesem Unfug ein Ende zu machen.

Woher die hohen Geschäftsunkosten?

Natürlich haben, wie man in jedem Geschäftsbericht lesen und vor jedem Personalabbau hören kann, die Arbeiter und Angestellten Schuld, weiter der Achtstunden tag und die „hohen“ Löhne. Damit ist die Unternehmensweisheit erschöpft. Ein geradezu klassisches Dokument für diesen Unfug ist eine Eingabe, die die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“, die Spitzenorganisation der deutschen Arbeitgeber-schaft, an den Reichstanzler gerichtet hat. Sie kommt zu dem Schluss: so wie es geht, geht es nicht länger. Dann empfiehlt sie als Alibi Mittel längere Arbeitszeit. Sonst wissen die Herren Arbeitgeber nichts. Sonst ist alles bei ihnen in Butter.

Der Herr Reichstanzler täte klug, sich mal eine Rede anzusehen, die vor einigen Tagen von einem Aktionär auf der Generaterversammlung der „Bank für Landwirtschaft“ gehalten worden ist. Dieser Bank geht es nicht besonders. Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Bank führen dafür als Ursachen ungefähr den gleichen Unfug an, der in der neuen Eingabe der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ steht! Vorstand und Verwaltungsrat erleben aber eine große Ueberraschung. Es erhob sich nämlich der bekante Geheimrechner Herr Bernau, der, was wir besonders bemerken wollen, nicht in dem Ruf steht, etwas zuzugunsten der Arbeiter und Angestellten zu sagen, wenn das nicht zutrifft. Herr Bernau führte die schlechte Lage der Bank auf die hohen Untkosten zurück. Dann zeigte er aber der Versammlung, wie die hohen Untkosten heute entstehen. Nach Bernaus Ausführungen hat die nicht allzu große Bank für Landwirtschaft nicht mehr als 5 Direktoren, von denen zwei allein für — „tote“ Kalinteressen tätig sind, und — 37 Aufsichtsratsmitglieder. Das bedeutet, daß die Herren Aufsichtsratsmitglieder pro Kopf 150 000 Mark Gesellschaftsvermögen zu verwalten haben. Das ist eine kolossale Summe und eine furchtbar schwere Arbeit. Solche Zustände machen aber die hohen Untkosten völlig begrifflich.

Nun sind die Macher in der Bank für Landwirtschaft alle stramm deutschnational. Wir wollen nur ein wenig ironisch sein und diese Herren daran erinnern, daß sie in ihrem Wahlprogramm auch die Förderung nach Vereinigung und Moralisierung unseres öffentlichen und Geschäftslebens stehen haben. Wie das gemacht wird, zeigen — die fünf Direktoren und 37 Verwaltungsratsmitglieder, die nichts anderes als fette Frümden für Nichtstuer sind.

Herr Bernau zog aus seinen Ausführungen auch die nötigen Schlußfolgerungen und empfahl dem Vorstand der Bank, mal bei den Direktoren und Verwaltungsratsmitgliedern recht tüchtig mit dem Abbau zu beginnen. Da es sich in unserm Falle gerade um eine Bank handelt, wollen wir mal an der Hand der letzten Geschäftsberichte unserer Großbanken zeigen, wie sich hier gegenüber 1913 die Untkosten gesteigert haben. Die Untkosten betragen:

	1913	1924
Mitteldeutsche Kreditbank	8,9	86
Dresdner Bank	55,2	86
Disconto-Gesellschaft	55,2	84
Deutsche Bank	96,8	86
Darmstädter	67,2	85
Commerzbank	64,2	92
Berliner Handelsgesellschaft	7,6	74

Es handelt sich hier um Banken, die schon Ende 1923 schonungslos mit dem Personalabbau vorgegangen sind. Trotzdem weiß das Jahr 1924 Untkosten auf, die durchweg doppelt so hoch sind als vor dem Kriege. Die Gründe sind sicher dieselben, wie bei der Bank für Landwirtschaft.

Aus dem Steindruckergewerbe.

Cannstätt.

Die Entlohnung des Hilfspersonal in den Cannstätt Biehdruckerbetrieben

ist laut Vereinbarung vom 10. Juni 1925 neu geregelt. Die Mindestlöhne betragen, erstmals zahlbar ab 1. Juni 1925 bis einschließlich 4. Lohnwoche im Juni bei 48stündiger Arbeitszeit für

Stenografie und Pader über	25 Jahre	40,80 Mk
" " von 21—25	"	86,98 "
" " " 19—21	"	82,04 "
" " " 17—19	"	29,28 "
" " bis 17	"	28,52 "

Anlegerinnen an Radiermaschinen, die nicht an Druckmaschinen anlegen können, erhalten	29,28 Mk.
Hilfsarbeiterinnen über 25 Jahre	28,80 "
" von 20—25	24,96 "
" " 18—20	23,52 "
" " 16—18	21,12 "
" " bis 16	19,20 "

Ab 4. Lohnwoche erstmals zahlbar in der 5. Lohnwoche nach dem 1. Juni 1925 treten folgende Mindestlöhne in Kraft:

Stenografie und Pader über 25 Jahre	42,24 Mk.
" " " von 21—25	88,40 "
" " " 19—21	84,08 "
" " " 17—19	30,72 "
" " bis 17	24,48 "

Zu den ersten 4 Wochen der Beschäftigung im Betrag 100% weniger.

Anlegerinnen an Radiermaschinen, die nicht an Druckmaschinen anlegen können, erhalten	80,72 Mk.
Hilfsarbeiterinnen über 25 Jahre	80,24 "
" von 20—25	27,80 "
" " 18—20	24,40 "
" " 16—18	24,48 "
" " bis 16	22,08 "
" " " 16	20,16 "

Im übrigen bleibt es bei den früheren Vereinbarungen. Eslingen.

Zwischen der Vereinigung der Stuttgarter Stein-druckereibesitzer und unserer Gausleitung für Gau III wurden für Eslingen eine folgende neue Mindestlöhne bei 48stündiger Wochenarbeitszeit vereinbart:

	ab 30. 6. bis 31. 7. 25	ab 1. 8. bis 31. 12. 1925
Vollwertige Stenografie und Pader über 24 Jahre verb.	89,07 Mk.	40,85 Mk.
" " " 24 " ledig	88,02 "	89,75 "
Sonstige Stenografie und Pader über 24 Jahre verb.	86,67 "	88,88 "
" " " 24 " ledig	85,68 "	87,29 "
Hilfsarbeiter " 24 " verb.	84,82 "	85,90 "
" " " 24 " ledig	83,26 "	84,75 "
" von 21—24 Jahre	29,04 "	80,84 "
" " 19—21	25,87 "	27,07 "
" " 18—10	20,16 "	21,12 "
" " 17—19	19,15 "	20,06 "

Anlegerinnen an Offset, Notation und Rotary an Großformat	25,87 Mk.	27,07 Mk.
" " " " " " " " "	23,78 "	24,88 "
" " " " " " " " "	22,70 "	23,71 "
" " " " " " " " "	21,65 "	22,60 "
Wogenfängerinnen über 21 Jhr.	19,88 "	20,84 "
" " " " " " " " "	18,29 "	19,11 "
" " " " " " " " "	19,20 "	20,16 "
" " " " " " " " "	17,52 "	18,84 "
" " " " " " " " "	15,89 "	16,98 "

Etwas weitere Zulagen unterliegen der freien Vereinbarung.

Für Bronzier- und Puderarbeiten werden 15 Proz. Zuschlag gezahlt.
Im übrigen bleibt es bei der Vereinbarung vom 10. März 1925.

Stuttgart und Mannheim.

Zwischen der Vereinigung der Stuttgarter Stein-druckereibesitzer und der Gausleitung für Gau III wurden für Stuttgart und Mannheim folgende neue Mindestlöhne bei 48stündiger Wochenarbeitszeit vereinbart:

	ab 30. 6. bis 31. 7. 1925	ab 1. 8. bis 31. 12. 1925
Vollwertige Stenografie und Pader über 24 Jahre verb.	40,70 Mk.	42,55 Mk.
" " " 24 " ledig	39,60 "	41,40 "
Sonstige Stenografie und Pader über 24 Jahre verb.	38,20 "	39,95 "
" " " 24 " ledig	37,15 "	38,85 "
Hilfsarbeiter " 24 " verb.	35,75 "	37,40 "
" " " 24 " ledig	34,65 "	36,20 "
" von 21—24 Jahre	30,25 "	31,60 "
" " 19—21	26,95 "	28,20 "
" " 18—19	21,—" "	22,—" "
" " 17—18	19,95 "	20,90 "

Anlegerinnen an Offset, Notation und Rotary an Großformat	26,95 Mk.	28,20 Mk.
" " " " " " " " "	24,75 "	25,90 "
" " " " " " " " "	23,85 "	24,70 "
" " " " " " " " "	22,55 "	23,60 "
Wogenfängerinnen über 21 Jhr.	20,70 "	21,70 "
" " " " " " " " "	19,05 "	19,90 "
" " " " " " " " "	20,—" "	21,—" "
" " " " " " " " "	18,25 "	19,10 "
" " " " " " " " "	16,55 "	17,85 "

Etwas weitere Zulagen unterliegen freier Vereinbarung.

Für Bronzier- und Puderarbeiten werden 15 Proz. Zuschlag gezahlt.
Im übrigen bleibt es bei der Vereinbarung vom 10. März 1925.

Obige Zulagen wurden mit einem Abzug von 4 Proz. auch für Eslingen vereinbart.

Rundschau.

Der Kampf der dänischen Arbeiter ist nach beinahe dreimonatlicher Dauer erfolgreich beendet worden. Während des ganzen Kampfes wurde fast ununterbrochen verhandelt, entweder direkt zwischen den beiderseitigen Hauptorganisations- oder durch Vermittlung der staatlichen Schlichtungsbeamten. Trotzdem es während des Konfliktes vielfach den Anschein hatte, als stände der Kampf vor seinem unmittelbaren Abschluß, zögerten die Gewerkschaften keinen Augenblick, die schärfsten Waffen wie Transport- und Seeluststreit in Anwendung zu bringen. Der Erfolg ist denn auch nicht ausgeblieben. Nachdem die Arbeitgeber der Metallindustrie sich gezwungen sahen, eine Lohnerhöhung von 3 Proz. zu bewilligen, sind die Arbeitgeber nun auch den Forderungen der ungelerten Arbeiter entgegengekommen und haben solche Zugeständnisse gemacht,

daß der Hauptvorstand und das Verhandlungskomitee des Verbandes der ungelerten Arbeiter mit 26 gegen 17 Stimmen den Vermittlungsvorschlag der Schlichtungsbeamten annahm. Auch der Arbeitgeberverein stimmte diesem Vorschlag zu, der auch für die Zukunft eine halbjährliche Lohnregulierung nach dem Preisindex vorsieht.

Wenn der Kampf mit solchem guten Erfolg beendet werden konnte, ist dies in erster Linie auf den Opfermut und die Kampfmühseligkeit der dänischen Arbeiter zurückzuführen. Nicht nur die ausgesperrten Arbeiter haben große Opfer gebracht, sondern auch die arbeitenden Mitglieder, die durch Zahlung von Extrabeiträgen von 8 bis 12 Kronen wöchentlich die Fortsetzung des Kampfes ermöglichten.

Die dänische Gewerkschaftszentrale dankte dem I.O.B. für die bewiesene internationale Hilfe, an der unsere Organisation ebenfalls namhaft beteiligt war.

Literatur.

Die Arbeiter in den Welt. Erstes Hefest. Preis 1.— M., Verlag: Rich. A. Giefede, Weeden- u. 24, Gellertstr. 4.

Urania. Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Urania-Verlags-Gesellschaft m. B. u. S. Jena.

Das vorliegende 9. Heft (Juni 1925) wird eingeleitet durch wertvolle Untersuchungen A. Schillers über „Eugenik, Evidenz und Sozialismus“ und Betrachtungen von Dr. Adolf Starz über „Ehrit und Naturwissenschaft“. Festlicher Bericht über neue Funde vorgeschichtlicher Menschen. Unter der Rubrik „Sozialer Wandel“ schildert Joh. Kretsch von eigener Anschauung „Kultur und Mensch in Brasilien“. Zu eigener Betätigung gegen die „Rant-Politik“ und ein Vorschlag zur Neugestaltung der Sozialpolitik. Beiträge mit einzelnen Hilfsmitteln. Notizen über wichtige technische Fortschritte, das mit sprachlichen Maßnahmen unterstützte Weltbild „Der Reis“ und eine Beilage über vererbte Fähigkeiten den feststehenden Inhalt des Heftes.

Gleichzeitig erhalten alle Leser der „Urania“ als dritte Beilage das laufende Jahrgang 1924/25 ein „schmales Händchen in die Götter der Götter“ in dem Dr. G. G. G. in wissenschaftlich begründeter allgemeinerklärlicher Weise den geologischen Sachverhalt führt, daß auch alle Religionen natürliche, in der menschlichen Entwicklung begründete Erscheinungen darstellen und übernatürliche Mächte der religiösen Weltanschauung nur in der Phantasie ihrer Verehrer vorhanden sind.

Machanismen der Revolution. Von Prof. Dr. Kommuismus. Die Revolution ist von einem gewissen kommunistischen Reaktor gegen die Politik und Kultur der Welt geschrieben. Preis 15 Pf. Von der Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg, zu beziehen.

Abrechnungen.

Im der Woche vom 8. bis 14. Juni ging als 2. Rate des II. Quartals der Betrag von 400,— Mark aus Bielefeld (Gau 9) bei der Hauptkasse ein.

Berlin, den 14. Juni 1925.

H. Bodahl.

Für die Woche vom 22. bis 27. Juni ist die Beitragsrate in das mit 26 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches oder der -karte zu fleben.

Unserer langjährigen Kollegin Frau Silber nebst ihrem Gatten die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Desgleichen der Kollegin Frau Emma Bläher nebst ihrem jungen Gatten die herzlichsten Glückwünsche zur grünen Hochzeit.

Dem Kollegen Adolf Werner zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum ebenfalls die herzlichsten Glückwünsche. Wir wünschen, daß seine Arbeitskraft nicht nur recht lange dem Gewerbe, sondern auch dem Verbands erhalten bleiben möge.

Zahlfelle Bremen.

STERBETAFEL

Am 8. Juni 1925 verstarb nach schwerem Leiden unsere liebe Kollegin und langjährige Mitarbeiterin, die Anlegerin, Frau

Elisabeth Kose.

Durch ihren lebenswichtigen Charakter und heiteres, bescheidenes Wesen war die Verstorbene allseitig beliebt; wir werden ihr ein traueres Angedenken bewahren.

Das Gesamtpersonal der Buch- u. Kunstdruckerei Otto von Holtze, Berlin

Volksreisebund E.V. Berlin SW 48, Wilhelmstraße 41

Fernsprecher: Zentrum 1491

Dreitägige Harzfahrt vom 27. bis 29. Juni 1925

1. Tag Treffen 6.30 früh Potsdamer Fernbahnhof —

Wahnfahrt nach Goslar — Oer — Ueberrachten.

2. Tag Diertal — Komterhalle — Wasserfall — Ahrensberg —

berger Forsthaus — Korfhaus — Ueberrachten.

3. Tag Proden — Kemmerenberg — Steinerne Ruine —

Wernigerode — Rückfahrt nach Berlin — Ankunft 12 Uhr nachts.

Änderungen vorbehalten!

Preis der Fahrt einschließlich Frühstück, zweimal Ueberrachten im Hotel und Verpflegung Mk. 38,— Mitglieder Mk. 35,—

Anmeldungen bei der Geschäftsstelle unter Einzahlung des Betrages bis 22. Juni 1925. Bei rechtzeitig entzündigter Nichtteilnahme trotz Anmeldung wird zur Deckung der ge-habten Untkosten ein Betrag von Mk. 3,— zurückgehalten, der jedoch bei Teilnahme an einer späteren Reise ange-rednet wird.

Werbet Mitglieder! Eintrittsgeld Mk. 1,—, Mitgliedsbeitrag Mk. 0,50,— monatlich, bei einmaliger Vorauszahlung Mk. 5,— jährlich.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulte. Charlottenburg. West-scheldestraße 16. Fernspr.: Amt Weiden 1328. Verlag: H. Bodahl, Charlottenburg. Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68.